

INHALT

19. Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013 – Neuerungen im EGVG, AVG, VStG, VVG und ZustellG

20. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juni 2013

21. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2013

Verbraucherpreisindex April 2013 (vorläufiges Ergebnis)

19.

Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013 – Neuerungen im EGVG, AVG, VStG, VVG und ZustellG

Mit dem **Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013**, BGBl. I Nr. 33, wurden vom Bund die verfahrensrechtlichen Grundlagen für die Einführung der Verwaltungsgerichte ab 1. Jänner 2014 geschaffen (vgl. dazu das Merkblatt für die Gemeinden Tirols Nr. 13/2013). Es enthält neben dem Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz (VwGVG), dem Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz sowie Änderungen des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1985 und des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953 u. a. folgende Gesetzesnovellen:

- Änderung des **Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008** (Art. 5)
- Änderung des **Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991** (Art. 6)
- Änderung des **Verwaltungsstrafgesetzes 1991** (Art. 7)
- Änderung des **Verwaltungsvollstreckungsgesetzes** (Art. 8)
- Änderung des **Zustellgesetzes** (Art. 10).

Diese Gesetzesänderungen stehen zum Teil unmittelbar mit der Einführung der Verwaltungsgerichte im Zusammenhang, zum Teil wurden aber auch sonstige Änderungen vorgenommen, die bereits am 1. März 2013 in Kraft getreten sind bzw. am 1. Juli 2013 in Kraft treten werden.

Die wesentlichen Änderungen werden im Folgenden dargestellt:

I. Neuerungen im EGVG

Inkrafttreten mit 1. Jänner 2014:

Anwendungsbereich:

Art. I Abs. 2 EGVG neu regelt den Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze künftig nicht mehr in Form der sog. Enumerationsmethode, sondern mittels Generalklausel dahingehend, dass das AVG auf das behördliche Verfahren der Verwaltungsbehörden, das VStG auf das Strafverfahren der Verwaltungsbehörden mit Ausnahme der Finanzstrafbehörden des Bundes und das VVG auf das Vollstreckungsverfahren der Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung, der Organe der Städte mit eigenem Statut und der Landespolizeidirektionen anzuwenden ist.

Dies führt zu einer Erweiterung des Anwendungsbereiches der Verwaltungsverfahrensgesetze, sodass gesetzliche Regelungen, mit denen diese Gesetze für anwendbar erklärt werden (sog. mittelbarer Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze) nur mehr im Bereich der Ausnahmen vom Anwendungsbereich (Art. I Abs. 3 EGVG neu) von Relevanz sind. Die bestehenden Ausnahmen (z. B. Angelegenheiten des Disziplinarrechts, Durchführung von Wahlen) bleiben unverändert, zwei weitere Ausnahmen kommen hinzu

(insb. Angelegenheiten der Bodenreform durch Entfall des Art. 12 Abs. 2 B-VG).

II. Neuerungen im AVG

Inkrafttreten mit 1. März 2013:

Fristen:

Klargestellt wurde, dass Beginn und Lauf einer Frist auch durch einen Samstag nicht behindert wird (§ 33 Abs. 1 AVG neu). Weiters gilt die Ablaufhemmung nunmehr auch für den 24. Dezember und wurde insbesondere im Zusammenhang mit „Feiertagskaskaden“ klar gestellt, dass eine Frist am Samstag nicht endet (§ 33 Abs. 2 AVG neu).

Anberaumung einer mündlichen Verhandlung:

Als mögliche Form der Kundmachung der Anberaumung einer mündlichen Verhandlung im Hinblick auf nicht bekannte Beteiligte (Ediktalladung) kommt die Verlautbarung im elektronischen Amtsblatt der Behörde neu hinzu (§ 41 Abs. 1 zweiter Satz AVG neu).

Präklusionswirkung (Verlust der Parteistellung):

In Verfahren nach Materiengesetzen, die über die Form der Kundmachung einer mündlichen Verhandlung nichts bestimmen, tritt nach § 42 Abs. 1 AVG Präklusion (Verlust der Parteistellung) dann ein, wenn die mündliche Verhandlung nach § 41 Abs. 1 zweiter Satz AVG und in geeigneter Form kundgemacht wurde. Hierzu bestimmt der neue Abs. 1a des § 42, dass die Kundmachung im Internet unter der Adresse der Behörde dann als geeignet gilt, wenn sich aus einer dauerhaften Kundmachung an der Amtstafel der Behörde ergibt, dass solche Kundmachungen im Internet erfolgen können und unter welcher Adresse sie erfolgen.

Inkrafttreten mit 1. Jänner 2014:

Abschaffung des administrativen Instanzenzuges:

Die subsidiäre Zuständigkeitsregelung des § 2 AVG für die mittelbare Bundesverwaltung wird im Hinblick auf die Einführung der Verwaltungsgerichte und dem damit zusammenhängenden Systemwechsel beim Rechtsschutz dahingehend geändert, dass der administrative Instanzenzug (Berufung an den Landeshauptmann) entfällt.

Verfahrensanordnungen:

Im Hinblick auf § 7 Abs. 1 VwGVG erfolgt eine Klarstellung dahingehend, dass es sich bei der Verweigerung der Akteneinsicht (§ 17 Abs. 4 AVG neu), der einfachen Ladung (§ 19 Abs. 4 AVG neu) und der Ablehnung eines nichtamtlichen Sachverständigen (§ 53 Abs. 2 AVG neu) um bloße Verfahrensanordnungen handelt, die nicht mit gesonderter Beschwerde bekämpft werden können.

Großverfahren – Ausschluss der Öffentlichkeit:

Für Großverfahren ist nach § 44e Abs. 2 AVG hinsichtlich des Ausschlusses der Öffentlichkeit künftig § 25 Abs. 1 bis 4 VwGVG sinngemäß anzuwenden. Die Öffentlichkeit darf demnach auch dann ausgeschlossen werden, wenn es im Interesse des Schutzes des Privatlebens eines Opfers oder eines Dritten geboten ist.

Gebühren der nichtamtlichen Sachverständigen und nichtamtlichen Dolmetscher:

Im Hinblick auf die Gebühren der nichtamtlichen Sachverständigen und nichtamtlichen Dolmetscher enthält das Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013 lediglich legistische Anpassungen im Zusammenhang mit der Einführung der Verwaltungsgerichte (§ 53a Abs. 2 erster Satz AVG neu, Aufhebung § 53a Abs. 3 alt und Übernahme des bisherigen § 51c AVG in den neuen § 53a Abs. 3).

Zu verweisen ist allerdings auf die RV zum Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Inneres (2211 der Beilagen XXIV. GP), die in ihrem Art. 1 vorsieht, dass sich der Gebührenanspruch der nichtamtlichen Sachverständigen und Dolmetscher nach einer Verordnung der Bundesregierung und nur subsidiär nach dem Gebührenanspruchsgesetz richtet (§§ 53a Abs. 1 und 53b AVG). Ein diesbezüglicher Gesetzesbeschluss liegt noch nicht vor. Die Bestimmungen sollen mit Ablauf des Monats der Kundmachung in Kraft treten.

Rechtsmittelbelehrung von Bescheiden:

Im Hinblick auf die Einführung der Verwaltungsgerichte hat die Rechtsmittelbelehrung (§ 61 AVG neu) von Bescheiden künftig anzugeben:

ob gegen den Bescheid ein Rechtsmittel erhoben werden kann (Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht [Berufung ausschließlich in bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches]), welchen Inhalt und welche Form es haben muss (vgl. § 9 VwGVG für Beschwerden [§ 63 Abs. 3 AVG für Berufungen]),

bei welcher Behörde und innerhalb welcher Frist es einzubringen ist (vgl. § 12 und § 7 Abs. 4 VwGVG für Beschwerden [§ 63 Abs. 5 AVG für Berufungen]).

Der Hinweis auf die Möglichkeit der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof und/oder an den Verfassungsgerichtshof (§ 61a AVG) hat zu entfallen.

Dementsprechend wird vorgeschlagen, in **Bescheide, die ab 1. Jänner 2014 erlassen werden** und die nicht in bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches ergehen, folgende **Rechtsmittelbelehrung** aufzunehmen:

Gegen diesen Bescheid kann Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen ab Erlassung des Bescheides beim Gemeindeamt ... einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Für Verfahren in bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches ist hinsichtlich erstinstanzlicher Bescheide die bisher verwendete Rechtsmittelbelehrung für Berufungen heranzuziehen, in letztinstanzliche Bescheide ist eine Rechtsmittelbelehrung entsprechend dem Vorschlag (Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht) aufzunehmen.

IV. Teil Rechtsschutz:

Die Änderungen des 1. Abschnittes (§§ 63 Abs. 1 und 2, 64 Abs. 1 und 2) betreffen in Tirol aufgrund des Ausschlusses des Instanzenzuges in landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden (durch § 17 Abs. 2 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 bzw. § 41 Abs. 1 des Stadtrechtes der Landeshauptstadt Innsbruck 1975, jeweils in der Fassung des Tiroler Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes, LGBI. Nr. 150/2012) nur noch Bescheide der Gemeinden in bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches (z. B. Verfahren nach der StVO 1960).

Der 2. Abschnitt (§§ 67a bis 67h: Besondere Bestimmungen für das Verfahren vor den unabhängigen Verwaltungssenaten) entfällt zur Gänze.

Wiederaufnahme des Verfahrens:

Als weiterer Wiederaufnahmegrund (§ 69 Abs. 1 Z. 4 AVG neu) kommt das nachträgliche Bekanntwerden eines Bescheides oder einer gerichtlichen Entscheidung, der bzw. die einer Aufhebung oder Abänderung auf Antrag einer Partei nicht unterliegt und im Verfahren die Einwendung der entschiedenen Sache begründet hätte, hinzu.

Devolutionsantrag:

Die Bestimmungen über den Devolutionsantrag bei Verletzung der Entscheidungspflicht (§ 73 Abs. 2 AVG) finden nur noch Anwendung in den bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden. Die Zuständigkeit geht künftig

auf die Berufungsbehörde und nicht mehr auf die sachlich in Betracht kommende Oberbehörde über.

In allen anderen Angelegenheiten kann Säumnisbeschwerde an das Verwaltungsgericht erhoben werden (Art. 130 Abs. 1 Z. 3 B-VG).

Entfall von Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Unabhängigen Verwaltungssenat:

§ 19 Abs. 1 zweiter Satz, §§ 51a bis 51d, §§ 67a bis 67h, eine Wortfolge in § 68 Abs. 2, § 68 Abs. 3 und § 69 Abs. 4, § 71 Abs. 6 zweiter Satz, eine Wortfolge in § 73 Abs. 3, § 76a und § 79a AVG werden aufgehoben.

III. Neuerungen im VStG:

Inkrafttreten mit 1. März 2013

Günstigkeitsprinzip:

Da sich aus der Rechtsprechung sowohl des EuGH als auch des EGMR eine zeitliche Begrenzung des Günstigkeitsprinzips auf bestimmte Stadien des Strafverfahrens nicht ableiten lässt, wurde die Bestimmung des § 1 Abs. 2 VStG dahingehend geändert, dass sich die Strafe nach dem zur Zeit der Entscheidung und nicht mehr zur Zeit der Fällung des Bescheides in erster Instanz geltende Recht richtet, wenn dies in seiner Gesamtauswirkung für den Täter günstiger wäre.

Doppelbestrafungsverbot:

§ 22 Abs. 1 VStG neu normiert nunmehr im Hinblick auf das Doppelbestrafungsverbot eine generelle subsidiäre verwaltungsbehördliche Strafbarkeit.

Örtliche Zuständigkeit:

§ 27 Abs. 2a VStG neu enthält nunmehr eine Regelung über die örtliche Zuständigkeit für nicht im Inland begangene Verwaltungsübertretungen. Damit besteht nun eine einheitliche Regelung der örtlichen Zuständigkeit, wenn in Materiengesetzen eine Strafbarkeit für nicht im Inland begangene Verwaltungsübertretungen vorgesehen ist.

Entscheidungsfrist für UVS:

Der 5. Abschnitt (Rechtsschutz durch unabhängige Verwaltungssenate – §§ 51 bis 51i VStG) tritt mit 1. Jänner 2014 außer Kraft. Die Neufassung des § 51 Abs. 7 VStG, wonach in die Entscheidungsfrist des UVS die Zeit eines Strafverfahrens vor einem Gericht nicht einzurechnen ist, gilt demnach lediglich bis zum Außerkrafttreten dieser Bestimmungen.

Tilgung:

Bei der Tilgung eines Straferkenntnisses wird nunmehr an den Eintritt der Rechtskraft angeknüpft (§ 55 Abs. 1 VStG neu).

Kosten des Strafverfahrens:

Bei der Bemessung der Kosten eines Strafverfahrens (§ 64 Abs. 2 VStG neu) gilt nunmehr ein Mindestsatz von 10 Euro an Stelle von 1,50 Euro. Bei Freiheitsstrafen ist zur Berechnung der Kosten ein Tag Freiheitsstrafe gleich 100 Euro an Stelle von 15 Euro anzurechnen, sodass der Verfahrenskostenbeitrag pro Tag Freiheitsstrafe 10 Euro beträgt.

Kosten eines Dolmetschers:

§ 64 Abs. 3a VStG neu enthält nunmehr eine Regelung über den Kostenersatz für die Beiziehung eines Dolmetschers durch einen Verfahrenshilfeverteidiger in Verwaltungsstrafverfahren vor dem UVS. Die Bestimmung tritt im Hinblick auf die Einführung der Verwaltungsgerichte mit 1. Jänner 2014 wieder außer Kraft.

Inkrafttreten mit 1. Juli 2013

Strafbemessung:

Grundlage für die Strafbemessung sind künftig die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat (§ 19 Abs. 1 VStG neu). Das Tatbestandsmerkmal der „sonstigen nachteiligen Folgen“ entfällt demnach im abgekürzten Verfahren zur Gänze und kann im ordentlichen Verfahren im Rahmen der Strafbemessung als erschwerend berücksichtigt werden.

Absehen von der Erstattung einer Anzeige:

Bei der Neufassung der Regelung betreffend die Verpflichtung der Gerichte und Verwaltungsbehörden, eine Anzeige wegen einer Verwaltungsübertretung zu erstatten bzw. davon abzusehen (§ 25 Abs. 3 VStG neu, bisher § 21 Abs. 1b VStG) wurde wie bei der Strafbemessung an die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat angeknüpft.

Verjährung:

Die Frist für die Verfolgungsverjährung wird von 6 Monaten auf 1 Jahr verlängert (§ 31 Abs. 1 VStG neu). Im Übrigen werden die Bestimmungen über die Hemmung der Strafbarkeits- und Vollstreckungsverjährung neu gefasst (§ 31 Abs. 2 und 3 VStG neu).

Verfolgungshandlung:

Im § 32 Abs. 2 VStG entfällt im Hinblick auf den Entfall des bisherigen § 34 („Ausforschung“) der Auftrag zur Ausforschung in der beispielhaften Aufzählung von Verfolgungshandlungen.

Vorläufiges Absehen von der Einleitung oder Fortführung eines Strafverfahrens:

Der bisherige § 34 („Ausforschung“) wird zur Gänze durch eine Bestimmung betreffend das vorläufige Ab-

sehen von der Einleitung oder der Fortführung eines Strafverfahrens, wenn die Strafverfolgung voraussichtlich nicht möglich ist oder einen unverhältnismäßigen Aufwand verursachen würde, ersetzt.

Sicherheitsleistung:

Die Kriterien für die Vorschreibung einer Sicherheitsleistung (§ 37 Abs. 1 VStG neu) werden neu gefasst, insbesondere kann eine Sicherheitsleistung vorgeschrieben werden, wenn die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung einen unverhältnismäßigen Aufwand verursachen würde. Die Höchstgrenze für die Sicherheitsleistung von 2.180 Euro entfällt (§ 37 Abs. 2 VStG neu). Der Verfall ist künftig binnen zwölf Monaten an Stelle von sechs Monaten auszusprechen (§ 37 Abs. 4 VStG neu). Die Sicherheit ist für verfallen zu erklären, sobald feststeht, dass die Strafverfolgung oder die Strafvollstreckung nicht möglich ist (§ 37 Abs. 5 VStG neu).

Vorläufige Sicherheit:

§ 37a VStG betreffend die Einhebung einer vorläufigen Sicherheit durch besonders geschulte Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes wurde ebenfalls insbesondere im Hinblick auf die Kriterien, den Entfall der Höchstgrenze und des Verfalles neu gefasst.

Ladung:

Die Ladung zur Vernehmung hat künftig nicht nur die dem Beschuldigten zur Last gelegte Tat, sondern auch die in Betracht kommende Verwaltungsvorschrift zu bezeichnen (§ 41 Abs. 1 VStG neu). Weiters hat sie künftig die Aufforderung zu enthalten, die der Verteidigung dienlichen Tatsachen vorzubringen.

Einstellung eines Strafverfahrens:

Zu den bestehenden Möglichkeiten, von der Einleitung oder Fortführung eines Strafverfahrens abzusehen und die Einstellung zu verfügen (§ 45 Abs. 1 VStG) kommen drei weitere Tatbestände hinzu, die allerdings nicht zusätzlich geschaffen, sondern lediglich im § 45 Abs. 1 VStG neu systematisch zusammengefasst werden.

§ 45 Abs. 1 Z. 4 VStG neu (Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes, Intensität seiner Beeinträchtigung durch Tat und Verschulden gering) sowie der neue Schlusssatz (Ermahnung statt Einstellung) entsprechen dem bisherigen § 21 Abs. 1 VStG. § 45 Abs. 1 Z. 5 VStG neu (Strafverfolgung nicht möglich) soll insbesondere jene Fälle erfassen, bei denen der Beschuldigte einen Wohnsitz im Ausland hat und ein Rechtshilfeübereinkommen nicht besteht oder Rechtshilfe systematisch verweigert wird (vgl. den bisherigen § 21 Abs. 1a VStG). § 45 Abs. 1 Z. 6 VStG neu (unverhältnismäßiger Aufwand) entspricht dem bisherigen § 21 Abs. 1a VStG.

§ 21 samt Überschrift wird aufgehoben.

Strafverfügungen:

Die Voraussetzung der Feststellung des strafbaren Verhaltens im § 47 Abs. 1 VStG aufgrund „automatischer Überwachung“ wird durch „Verkehrsüberwachung mittels bildverarbeitender technischer Einrichtungen“ ersetzt. Die Höchstgrenze von 365 Euro wird auf 600 Euro erhöht, ebenso erhöht werden die Betragsgrenzen für den Verfall (200 Euro) und für Strafverfügungen aufgrund einer Verordnung nach § 47 Abs. 2 VStG (500 Euro). Im Übrigen entfällt die Verpflichtung, Strafverfügungen zu eigenen Händen zuzustellen.

Anonymverfügungen:

Die Höchstgrenze für die Vorschreibung von Geldstrafen durch Anonymverfügung erhöht sich von 220 Euro auf 365 Euro. § 49a Abs. 2 und 6 wurde im Hinblick auf die Änderung des § 19 Abs. 1 und den Entfall des bisherigen § 34 VStG neu gefasst.

Organstrafverfügung:

Die Betragsgrenze für die Einhebung von Geldstrafen mittels Organstrafverfügung wird von 36 Euro auf 90 Euro angehoben. Die bisher im § 21 Abs. 2 VStG enthaltene Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen von der Verhängung einer Organstrafverfügung abzusehen, findet sich nunmehr im § 50 Abs. 5a VStG neu (Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes, Intensität der Beeinträchtigung und Verschulden gering).

Mahnung vor Vollstreckung von Geldstrafen:

§ 54b VStG neu sieht die Möglichkeit der Einmahnung von Geldstrafen oder sonst in Geld bemessenen Unrechtsfolgen vor der Durchführung eines Vollstreckungsverfahrens vor (Abs. 1) Hierfür ist ein pauschalierter Kostenbeitrag von 5 Euro einzuheben (Abs. 1a). Bei Ratenzahlung tritt Terminverlust ein, wenn der Bestrafte mit mindestens zwei

Teilraten im Verzug ist (Abs. 3).

Die Möglichkeit der Mahnung gilt sinngemäß auch bei der Eintreibung der Kosten des Strafverfahrens (§ 64 Abs. 5 VStG neu).

Inkrafttreten mit 1. Jänner 2014:

Anwendung von Bestimmungen des AVG:

§ 24 VStG betreffend die Anwendung von Bestimmungen des AVG im Verwaltungsstrafverfahren wird im Hinblick auf die Einführung der Verwaltungsgerichte entsprechend angepasst.

Anpassung von Bestimmungen im Zusammenhang mit der Beschwerde an die Verwaltungsgerichte:

§ 37 Abs. 3 (Sicherheitsleistung), § 39 Abs. 6 (Beschlagnahme), § 45 Abs. 2 (Einstellung), § 46 Abs. 1 (Bescheiderlassung), Aufhebung des 5. Abschnittes des II. Teiles (§§ 51 bis 51i VStG) und Umbenennung des 6. Abschnittes des II. Teiles in „5. Abschnitt“, § 52a Abs. 1 (Abänderung und Aufhebung von Amts wegen), §§ 56 Abs. 3 und 4 und 57 Abs. 3 (Privatanklage), §§ 64 Abs. 2 und 65, 66 Abs. 1 (Kosten des Berufungsverfahrens) VStG.

Entfall von Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Unabhängigen Verwaltungssenat:

§ 30 Abs. 3 zweiter Satz, § 52b, § 64 Abs. 1 VStG.

IV. Neuerungen im VVG:

Inkrafttreten mit 1. März 2013:

Einleitung und Durchführung des Vollstreckungsverfahrens:

Der neue § 1a VVG normiert nunmehr, wann ein Vollstreckungsverfahren von Amts wegen und wann auf Antrag einer Partei einzuleiten ist.

Demnach ist bei Verpflichtungen, deren Erfüllung (zumindest auch) im öffentlichen Interesse gelegen ist, von Amts wegen bzw. auf Ersuchen der Stelle, von der der Vollstreckungstitel ausgegangen ist, vorzugehen. Die Vollstreckung von Verpflichtungen, auf deren Erfüllung ein Anspruch besteht, ist hingegen auf Antrag des Berechtigten einzuleiten.

Die Durchführung erfolgt immer von Amts wegen.

§ 11 Abs. 2 VVG betreffend die Kosten des Vollstreckungsverfahrens wurde entsprechend angepasst.

Inkrafttreten mit 1. Jänner 2014:

Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörden:

Den Bezirksverwaltungsbehörden obliegt künftig auch die Vollstreckung der von den Verwaltungsgerichten mit Ausnahme des Bundesfinanzgerichtes erlassenen Erkenntnisse und Beschlüsse (§ 1 Abs. 1 Z. 3 VVG neu).

Vollstreckbarkeitsbestätigung:

Die Bestimmung über die Vollstreckbarkeitsbestätigung (§ 3 Abs. 2 VVG) wurde im Hinblick auf die Einführung der Verwaltungsgerichte neu gefasst.

Verfahren:

Die Bestimmung über die Anwendbarkeit von Bestimmungen des AVG (§ 10 Abs. 1 VVG) wurde im Hinblick auf die Einführung der Verwaltungsgerichte angepasst. Eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht hat keine aufschiebende Wirkung (§ 10 Abs. 2 VVG neu).

V. Neuerungen im ZustellG:

Inkrafttreten mit 1. März 2013:

Formeller Empfänger:

Klarstellung im § 2 Z. 1 ZustellG neu, dass „Empfänger“ die von der Behörde in der Zustellverfügung (§ 5) namentlich als solcher bezeichnete Person ist. Diese Person wird meist auch materieller Empfänger sein, im Fall eines gesetzlichen Vertreters oder Zustellungsbevollmächtigten allerdings nicht.

Zustellungsbevollmächtigter – Zustellung durch Übersendung:

An Parteien und Beteiligte, die über keine inländische Abgabestelle verfügen, kann nunmehr dann, wenn sie dem Auftrag der Behörde, einen Zustellungsbevollmächtigten namhaft zu machen, nicht nachkommen, an Stelle der Hinterlegung ohne Zustellversuch bei der Behörde durch Übersendung der Dokumente an eine der Behörde bekannte Zustelladresse ohne Zustellnachweis zugestellt werden (§ 10 ZustellG neu).

Nachsendung:

Bei Nachsendungen durch Organe eines Zustelldienstes ist nunmehr die neue Anschrift des Empfängers auf dem Zustellnachweis zu vermerken (§ 18 Abs. 1 Z. 1 ZustellG neu).

Rücksendung, Weitersendung und Vernichtung (§ 19 ZustellG neu):

Dokumente, die weder zugestellt werden können noch nachzusenden sind oder bei Hinterlegung nicht abgeholt worden sind, sind entweder an den Absender zurückzusenden, an eine zu diesem Zweck bekannt gegebene Stelle zu senden oder auf Anordnung des Absenders nachweislich zu vernichten.

Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung:

Die Ersetzung des Wortes „Anschlag“ durch den Begriff „Kundmachung“ im § 25 Abs. 1 ZustellG neu soll die Möglichkeit eröffnen, derartige Kundmachungen auch im Weg der „elektronischen Amtstafeln“ vorzunehmen.

*Dr. Ingrid Koler-Wöll
Abteilung Verfassungsdienst*

20.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juni 2013

Ertragsanteile an	Juni		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	-2.345.239	-2.438.432	-93.194	3,97
Lohnsteuer	17.217.225	18.460.135	1.242.910	7,22
Kapitalertragsteuer	1.000.892	698.485	-302.407	-30,21
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	382.414	475.474	93.060	24,33
Körperschaftsteuer	-670.045	-1.316.571	-646.527	96,49
Erbschafts- und Schenkungssteuer	3.642	4.834	1.193	32,75
Stiftungseingangssteuer	17.304	2.470	-14.834	-85,73
Bodenwertabgabe	2.484	-4.841	-7.325	-294,86
Stabilitätsabgabe	123.280	108.639	-14.642	-11,88
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	15.731.958	15.990.192	258.234	1,64
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	16.759.462	16.578.316	-181.146	-1,08
Abgabe von alkoholischen Getränken	30	30	-1	-2,18
Tabaksteuer	8.227	1.171.152	1.162.925	14135,79
Biersteuer	134.103	131.886	-2.217	-1,65
Mineralölsteuer	3.322.889	3.022.691	-300.198	-9,03
Alkoholsteuer	93.184	84.007	-9.178	-9,85
Schaumweinsteuer	827	689	-138	-16,72
Kapitalverkehrsteuern	22.733	47.700	24.967	109,83
Werbeabgabe	265.383	253.886	-11.497	-4,33
Energieabgabe	474.176	231.716	-242.460	-51,13
Normverbrauchsabgabe	352.775	311.107	-41.667	-11,81
Flugabgabe	72.307	67.145	-5.162	-7,14
Grunderwerbsteuer	6.382.011	7.006.512	624.502	9,79
Versicherungssteuer	722.275	605.500	-116.775	-16,17
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.223.524	1.410.540	187.015	15,28
KFZ-Steuer	-17.416	-5.604	11.812	67,82
Konzessionsabgabe	186.088	193.180	7.092	3,81
rechnungsmäßig Ertragsanteile	30.002.577	31.110.453	1.107.876	3,69
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	29.123.494	30.231.369	1.107.876	3,80
Kunstförderungsbeitrag	41.527	42.558	1.031	2,48
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	44.896.978	46.264.119	1.367.141	3,05
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.479.613	4.429.616	-49.997	-1,12
Werbesteuerenausgleich	42.644	40.763	-1.881	-4,41
Werbeabgabe nach der Volkszahl	222.740	213.123	-9.616	-4,32
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

21.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2013

Ertragsanteile an	Jänner - Juni		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	7.645.211	7.891.717	246.506	3,22
Lohnsteuer	106.587.509	114.202.225	7.614.717	7,14
Kapitalertragsteuer	4.661.880	4.951.622	289.741	6,22
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	3.000.867	3.639.539	638.672	21,28
Körperschaftsteuer	21.075.509	22.350.274	1.274.765	6,05
Erbschafts- und Schenkungssteuer	155.619	54.049	-101.570	-65,27
Stiftungseingangssteuer	65.145	47.218	-17.926	-27,52
Bodenwertabgabe	276.360	276.361	1	0,00
Stabilitätsabgabe	2.253.241	1.953.009	-300.232	-13,32
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	145.721.341	155.366.014	9.644.673	6,62
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	112.755.291	116.671.716	3.916.425	3,47
Abgabe von alkoholischen Getränken	183	132	-51	-27,66
Tabaksteuer	6.245.241	7.678.197	1.432.955	22,94
Biersteuer	872.412	868.485	-3.927	-0,45
Mineralölsteuer	20.001.133	19.753.868	-247.265	-1,24
Alkoholsteuer	695.210	680.471	-14.740	-2,12
Schaumweinsteuer	6.443	6.134	-309	-4,79
Kapitalverkehrssteuern	306.955	235.492	-71.463	-23,28
Werbeabgabe	2.014.473	1.998.906	-15.567	-0,77
Energieabgabe	4.566.063	4.222.198	-343.865	-7,53
Normverbrauchsabgabe	2.234.506	2.025.429	-209.077	-9,36
Flugabgabe	475.727	472.839	-2.889	-0,61
Grunderwerbsteuer	44.090.179	41.723.142	-2.367.037	-5,37
Versicherungssteuer	5.371.365	5.366.850	-4.516	-0,08
Motorbezogene Versicherungssteuer	6.758.037	7.260.200	502.163	7,43
KFZ-Steuer	169.278	155.640	-13.638	-8,06
Konzessionsabgabe	1.281.015	1.210.722	-70.293	-5,49
rechnungsmäßig Ertragsanteile	207.843.513	210.330.420	2.486.907	1,20
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	5.274.500	5.274.500	0	0,00
Summe sonstige Steuern	202.569.013	205.055.920	2.486.907	1,23
Kunstförderungsbeitrag	81.872	83.801	1.928	2,36
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	348.372.226	360.505.734	12.133.508	3,48
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
Ertragsanteile gesamt	355.717.795	366.648.857	10.931.062	3,07
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	30.363.893	31.477.233	1.113.340	3,67
Getränkesteuerausgleich **)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränksteuerausgleich	30.815.869	32.112.109	1.296.240	4,21
Werbesteuerausgleich	323.702	320.937	-2.764	-0,85
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.690.771	1.677.969	-12.803	-0,76

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR APRIL 2013**
(vorläufiges Ergebnis)

	März 2013 (endgültig)	April 2013 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	107,8	107,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	118,0	118,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	130,5	130,5
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	137,2	137,2
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	179,6	179,6
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	279,2	279,2
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	490,0	490,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	624,3	624,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	626,3	626,3

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat April 2013 beträgt 107,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für März 2013 unverändert geblieben (März 2013 gegenüber Februar 2013: + 0,8%). Gegenüber April 2012 ergibt sich eine Steigerung um 1,9% (März 2013/2012: + 2,3%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck